



Foto: Yannick Schimbera/BSH

Die Teilnehmer der Sicherheitspolitischen Grundakademie zu Besuch bei MdB Tobias Zech, Stellvertreter des Präsidenten des Reservistenverbandes

## Nicht aufhören und über Sicherheitspolitik reden

Die Mitglieder des Bundesverbandes Sicherheitspolitik an Hochschulen (BSH) haben bei der 29. Sicherheitspolitischen Grundakademie diskutiert, wie aus dem politischen Diskurs deutsche Sicherheitspolitik wird. Während der viertägigen Veranstaltung standen vor allem zwei Gespräche mit Abgeordneten im Mittelpunkt.

„Im Jahr 2013 haben sich die Politik, Medien und Bevölkerung kaum für Sicherheitspolitik interessiert. Dann kamen politische Unruhen in Griechenland, die Annexion der Krim, der Ebola-Ausbruch, die Migrationskrise. Und neben Brexit und Terroranschlägen tritt die Ostukraine wieder in den Hintergrund, auch wenn dort täglich geschossen wird.“ Mit diesem ernüchternden Stand des sicherheitspolitischen Diskurses in Deutschland empfing Tobias Zech, Mitglied des Bundestages und Stellvertreter des Präsidenten des Reservistenverbandes, die Seminarteilnehmer im deutschen Bundestag. Sein Kollege Dr. Tobias Lindner (Bündnis90/Die Grünen) kam zu dem Schluss, dass durch die Aussetzung der Wehrpflicht, nicht nur der Kontakt zwischen Armee und Bevölkerung abnehme, sondern auch der Diskurs über Sicherheitspolitik nicht mehr ausreichend geführt werde.

Während beide Abgeordnete mit Blick auf die innere Aufstellung der Bundeswehr entschieden gegen neue Armee-reformen sind, zeigten sie in der



Abgeordneter Tobias Lindner in der Diskussion zu europäischer Sicherheitspolitik

Diskussion um die Europäisierung der Streitkräfte durchaus unterschiedliche Auffassungen. Während Lindner eine weitere Verzahnung europäischer Armeen zur Lastenverteilung und Kostenersparnis befürwortete, votierte Zech klar gegen ein solches Vorgehen. Die Verfügungsgewalt über die Streitkräfte müsse alleine dem deutschen Parlament obliegen. Wie Zech sah aber auch Lindner den Parlamentsvorbehalt als rote Linie. Parlamente seien ihm zufolge in der europäischen Sicherheitspolitik nicht das Problem. „Wir haben in Europa vielmehr das Problem, dass wir kein gemeinsames Verständnis haben, wofür wir bereit sind unser Militär einzusetzen und wofür nicht.“ Bedrohungen durch hybride Kriegsführungen und Cyber-Angriffe stuft er dabei als größte Herausforderungen für die Landesverteidigung in den kommenden Jahren ein. Während Lindner dabei die Anknüpfung der Cyber-Verteidigung im Innenministerium befürwortet, sprach sich Zech auch

für eine Offensivkapazität im Cyberbereich aus, da nur so Infrastruktur langfristig geschützt werden könne.

Mit Blick auf das generelle Aufgabenprofil der Streitkräfte bemängelten beide Abgeordnete die unzureichende Ausrüstung der Truppe. „Wir befinden uns bei der Bundeswehr im materiellen Mangel und finanziellen Überfluss zugleich“, sagte Lindner. Welche Herausforderungen die langfristige Anschaffung von Rüstungsgütern darstellt, erfuhren die Teilnehmer bei einem Fachvortrag im Bundesministerium der Verteidigung. Abgerundet wurde das Seminarprogramm mit Besuchen der Botschaft Mexikos und der Bundesakademie für Sicherheitspolitik.

Hinzu kamen Vorträge, die die Nato-Russland Beziehungen, die politischen Ordnungen im Nahen Osten und das Atomprogramm Nordkoreas thematisierten. Bei Letzterem wurde deutlich, wie wichtig es sein kann, mediale Darstellungen zu hinterfragen. So sei das nordkoreanische Regime seit siebzig Jahren ein rational handelnder Akteur, der in 164 Ländern Botschaften unterhalte und zu den berechenbarsten Akteuren in der internationalen Ordnung gehöre, resümierte Referent Dr. Eric J. Ballbach von der Freien Universität Berlin. Die Bedeutung eines umfassenden öffentlichen Diskurses zur Sicherheitspolitik, den der BSH durch seine Arbeit fördern möchte, bekräftigte auch Tobias Zech: „Aufgabe für uns Parlamentarier, aber auch für euch, ist, nie aufzuhören über Sicherheitspolitik zu diskutieren!“, gab er den Seminarteilnehmern mit auf den Weg.

Yannick Schimbera